

II. Aufgabe (20 Punkte)

Lesen Sie folgenden Zeitungsartikel aus dem Februar d. J. und bearbeiten Sie die dazu gestellten Fragen.

Regierung hält an Sparkurs fest - keine höheren Steuern



Berlin (dpa) - Die Bundesregierung will ungeachtet einer breiten Abwehrfront an einem verschärften Sparkurs festhalten. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sagte nach einer Sitzung des SPD-Präsidiums am Montag im fränkischen Fürth, das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Gesamthaushalts lasse sich erreichen. Für Steuererhöhungen gebe es keinen Grund.

Jede Ebene des staatlichen Aufbaus müsse Verantwortung übernehmen. Er rief Länder und Gemeinden zur Mitwirkung auf. Insbesondere aus unionsgeführten Landesministerien kam dagegen verstärkte Kritik.

Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) sprach von «Panikreaktion». Die Bundesregierung trage mit ihrer verfehlten Politik die Verantwortung für eine so starke Abschwächung des Wirtschaftswachstums, dass Bund, Ländern und Gemeinden 46 Milliarden Euro (89,97 Mrd Mark) in der Kasse fehlten, sagte der bayerische Ministerpräsident am Montag in München. Der Unionsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz (CDU) nannte die deutschen Zusagen in Brüssel, bis 2004 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, völlig unseriös.

Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) will die Haushaltsziele mit massiven Einsparungen erreichen. Berichte über eine dafür angelegte Streichliste, die unter anderem Kürzungen bei der Eigenheimfinanzierung vorsehe, nannte ein Ministeriumssprecher aber Spekulation. Eichel werde auf seinem Konsolidierungskurs fortfahren und dies werde sich im Haushalt 2003 bemerkbar machen. Dafür gebe es ein festgelegtes Verfahren. Auch Schröder sagte, es gebe keine autorisierten Streichlisten. Das Präsidium der SPD habe sich voll hinter Eichel gestellt, sagte der Kanzler.



Die Grünen sprachen sich gegen eine «Rasenmähermethode» bei der geplanten verschärften Sparpolitik aus. «Wir brauchen ein differenziertes Konzept für Einsparungen», sagte Grünen-Chef Fritz Kuhn am Montag nach der Vorstandssitzung in Berlin. «Dabei darf es keine Tabus geben». Es müsse aber Grundsatz bleiben, dass auf der einen Seite eingespart, an anderen Stellen aber mehr investiert werde. Beispielsweise müsse die Bildung von den Sparmaßnahmen ausgenommen bleiben.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, mahnte die Länder, zur Haushaltskonsolidierung beizutragen. In der «Bild»-Zeitung (Montag) kündigte er zugleich an, alle Bundesministerien müssten bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2003 weitere Einsparungen vornehmen. Struck sagte: «Sparen muss nicht nur der Bund. Noch nicht alle Länderchefs haben eingesehen, dass sie nicht einfach weitermachen können wie bisher.»

Die Haushaltslöcher in den Länderetats waren im vergangenen Jahr deutlich größer als in den Finanzplanungen veranschlagt. Nach den vorläufigen Abschlussdaten, die das Bundesfinanzministerium am Montag veröffentlichte, lag das Gesamtdefizit der Länderhaushalte 2001 bei 27,6 Milliarden Euro. Es sei damit gegenüber dem Vorjahr um knapp 17,9 Milliarden Euro gestiegen und habe um 5,9 Milliarden Euro höher gelegen als in den Haushaltsplanungen erwartet.

Die Ausgaben stiegen um insgesamt 2,5 Prozent und blieben damit über den Empfehlungen des Finanzplanungsrates von Bund und Ländern, das Ausgabenwachstum auf höchstens zwei Prozent zu begrenzen. Gleichzeitig verringerten sich mit dem Rückgang der Konjunktur auch die Einnahmen.

Gegenüber den Planungen gingen sie um 8,2 Milliarden Euro zurück.

Mehrere Länder-Finanzminister verlangten, die verschärfte Sparpolitik dürfe nicht zu Lasten der Länder gehen. Baden- Württembergs Ressortchef Gerhard Stratthaus (CDU) forderte konkrete Vorschläge für das angekündigte Sparpaket. Einen Stabilitätspakt zwischen Bund und Ländern könne er sich grundsätzlich vorstellen: «Aber nicht auf Eichels Diktat.»

Auch der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) verlangt Details: «Eichel muss es vor dem 22. September sagen, damit die Bürger sehen können, die Bundesregierung spart an dieser oder jener Stelle», sagte der CSU-Politiker am Montag im ZDF-Morgenmagazin. Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) warf Eichel vor, er wälze die Verantwortung auf Länder und Kommunen ab.



Die brandenburgische Finanzministerin Dagmar Ziegler (SPD) meinte: «Einen nationalen Solidaritätspakt kann ich mir vorstellen, allein um zu verhindern, dass der Bund im Alleingang und ohne Rücksicht auf Länder und Kommunen losmarschiert.» Niedersachsens Finanzminister Heinrich Aller (SPD) sagte, es sei wichtig, eine «gemeinsame Botschaft» gegenüber Brüssel zu formulieren. Der Deutsche Städtetag sieht weitere Einsparungen zur Zeit als «absolut unvorstellbar» an.

Quelle: <http://fr-aktuell.de> - Frankfurter Rundschau 2002 - Dokument erstellt am 17.02.2002 um 21:05:08 Uhr

1. (2 Punkte)

Die Stabilitätspolitik der EU verpflichtet die Mitgliedsstaaten ein bestimmtes Defizit nicht zu überschreiten, nämlich 3 %. Von welchem Grundwert sind diese 3 % gemeint und wer genau darf dieses Defizit nicht überschreiten? (Die Antwort „der Staat“ genügt nicht.)

2. (6 Punkte)

Erläutern Sie, was die EU mit diesem Ziel erreichen will. Untersuchen Sie, ob dies der deutschen Wirtschaftspolitik entspricht, wie sie im Stabilitätsgesetz festgelegt ist. Gehen Sie dabei auch auf mögliche Zielkonflikte ein.

3. (6 Punkte)

Beurteilen Sie die konjunkturelle Lage in Deutschland zum Zeitpunkt der o. g. Entscheidung der Bundesregierung. Erläutern Sie, welche Art Konjunkturpolitik zu diesem Zeitpunkt angebracht wäre, indem Sie das Für und Wider einzelner fiskalpolitischer Maßnahmen abwägen.

4. (2 Punkte)

Wie könnte Eichel Kritikern an seinem Sparkurs mit konjunkturpolitischen Argumenten entgegen?

5. (4 Punkte)

Benennen und erläutern Sie die zu erwartenden Schwierigkeiten, die der Bundesfinanzminister bei der Umsetzung des „nahezu ausgeglichenen Haushalts“ bis 2004 haben wird.